

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ursula Schönberger, Michaelae Hustedt, Antje Hermenau, Kristin Heyne, Steffi Lemke, Simone Probst, Halo Saibold, Helmut Wilhelm (Amberg), Margareta Wolf (Frankfurt) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Abgabe einer Erklärung durch die Bundesregierung zum Europäischen Rat in Amsterdam sowie zum Weltwirtschaftsgipfel in Denver und zur Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Festlegung verbindlicher Reduktionsziele auf internationaler Ebene ist auf dem G8-Gipfel in Denver gescheitert. Auch in der deutschen Klimaschutzpolitik herrscht Stillstand. Kommt es zu keiner Änderung der Politik, ist das deutsche CO₂-Reduktionsziel unerreichbar.

Das Ziel, bis zum Jahre 2005 die CO₂-Emissionen in Deutschland, verglichen mit dem Basisjahr 1990, um 25 % zu reduzieren, stellt einen wichtigen Teilschritt auf dem Weg zu einer nachhaltigen Energiewirtschaft dar und darf nicht verschoben oder aufgegeben werden.

Zum Thema der Rolle der Atomenergie bei einer nachhaltigen und klimaschützenden Energiewirtschaft, schreibt das Umweltbundesamt in der aktuellen Studie „Nachhaltiges Deutschland – Wege zu einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung“:

„In der Diskussion um den „richtigen“ Weg zur Erreichung des CO₂-Reduktionsziels wird häufig die Rolle der Kernenergie als „CO₂-freies Energiesystem betont und die Kernenergie teilweise für unverzichtbar“ gehalten. Es ist jedoch festzustellen, daß auch die Kernenergienutzung nicht den Handlungsmaximen einer nachhaltigen Entwicklung entspricht:

- Uran ist ein endlicher geologischer Energieträger, der grundsätzlich nicht regenerationsfähig ist. Seine Reichweite wird zwar durch den Einsatz von Plutonium-Uran-Mischoxid-Brennelementen (MOX) und in noch viel stärkerem Maße durch die Brütertechnologie verlängert, bei Fortführung des

heutigen Energieverbrauchswachstums ist sie jedoch selbst dann auf wenige hundert Jahre beschränkt.

- Auf alle Stufen des kerntechnischen Brennstoffkreislaufes werden radioaktive Stoffe emittiert, die lange Zeit in der Umwelt verbleiben.
- Vor allem von einem Unfall mit Kernschmelze würden erhebliche Gefahren und Risiken für die menschliche Gesundheit ausgehen.
- Für die Endlagerung radioaktiver Abfälle muß ein Zeithorizont von mehr als 10 000 Jahren in Betracht gezogen werden.

Zur Erreichung des Klimaschutzgebietes ist die Kernenergie auf Dauer nicht notwendig. Ein Ausbau der Kernenergie (und dies trifft auch für große Kohlekraftwerke zu) dürfte hingegen gerade die angebotsorientierten Strukturen unserer Wirtschaft stabilisieren, die ein Haupthindernis für die zur Erreichung des Klimaschutzziels unabdingbare Effizienzverbesserung darstellen'.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Argumente des Umweltbundesamtes zu berücksichtigen, ihre Klimaschutzpolitik bezüglich der Kernenergieproblematik neu auszurichten und auf diese nicht-nachhaltige Form der Energienutzung zu verzichten.

Bonn, den 24. Juni 1997

Ursula Schönberger

Michaela Hustedt

Antje Hermenau

Kristin Heyne

Steffi Lemke

Simone Probst

Halo Saibold

Helmut Wilhelm (Amberg)

Margareta Wolf (Frankfurt)

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion